

Investor Stamm will Aktienpaket

Zuckerfabrik Aarberg Gericht soll 7,4-Millionen-Deal des Kantons rückgängig machen

Investor Markus Stamm macht weiter: 14 Monate nach der gescheiterten Aussöhnung soll Gerichtspräsidentin Andrea Gysy Mango den Rübenpflanzern das ihnen vom Kanton für 7,4 Millionen Franken verkaufte Aktienpaket an ZAF (Zuckerrübenfabriken Aarberg und Frauenfeld AG) wieder wegnehmen.

BRUNO UTZ

«Die zivilrechtliche Verhandlung zwischen dem Kläger Markus Stamm und dem Kanton Bern findet am Mittwoch, 27. Januar 2010, statt», sagt Andrea Gysy Mango, Präsidentin des erstinstanzlichen Gerichtskreises Bern-Laupen. Das Dossier sei umfangreich. Sie will ein Urteil am Verhandlungstag nicht ausschliessen, betont aber, dass ein Weiterzug möglich sei.

Ein solcher ist absehbar, denn Markus Stamm betont gegenüber dieser Zeitung: «Wir wollen nicht Schadenersatz, wir wollen das Aktienpaket. So steht es auch in unserer Klageschrift.» Eine Entschädigung von Auslagen hatte der Kanton Bern den Investoren Ende November 2008 beim gescheiterten Aussöhnungsversuch angeboten. «Der Kanton muss seine uns gegenüber gemachte Zusage erfüllen, sich «chli entschuldige», das genügt uns nicht», so Stamm weiter. Schliesslich habe ihm seinerzeit ein Kadermitarbeiter von Finanzdirektor Urs Gasche (BDP) mitgeteilt, «Sie haben den Zuschlag erhalten». Mit seinem später durchgezogenen Verkauf an die Rübenpflanzern verhalte sich der Kanton Bern «schräger als die derzeit auf der ganzen Welt kritisierten UBS-Banker», moniert Stamm. Schliesslich handle es sich um ein Rechtsgeschäft im Umfang von mehreren Millionen Franken. «Und wir hatten stets zugesichert, alle Vorgaben des Regierungsrates einzuhalten. Es ging uns nicht darum, heute die ZAF-Aktien zu kaufen und morgen zu verserbeln. Wir wollten die Zuckerfabriken weiter betreiben.»

Am Geld interessiert, nicht an Industrie

Rückblende: Im Sommer und Herbst 2007 sorgte der Regierungsrat mit dem Entscheid, die 22,8-Prozent-Beteiligung des Kantons Bern an der ZAF zu verkaufen, national für Schlagzeilen. Immerhin war der Kanton Bern der mit Abstand grösste Aktionär der



GERICHTSHÄNDEL In Aarberg steht ein Teil des Objekts der Begierde, in Frauenfeld der grössere Rest. UZ

Update

DER KANTON BERN besass bis Ende Januar 2008 ein Aktienpaket von 22,8 Prozent an der «Zuckerfabriken Aarberg und Frauenfeld AG» (ZAF). Der Verkauf erfolgte im Rahmen seines Devestitionsprogrammes. Den Zuschlag erhielten schliesslich die westschweizerische Vereinigung der Zuckerrübenpflanzern (70 Prozent) und die ostschweizerische Vereinigung für Zuckerrübenanbau (30 Prozent). Die Rübenpflanzern bezahlten 19 Franken pro Aktie oder 7,383 Millionen Franken für das ganze Paket. (UZ)

ZAF. Die Rübenpflanzern sorgten sich, die möglichen Investoren seien lediglich an den massiven Finanz- und Immobilienreserven interessiert, und sie planten, die ZAF möglichst rasch zu versilbern.

Der Grosse Rat mischt sich ein

In die Auseinandersetzung schaltete sich neben den Gewerkschaften, Ver-

tretern der Standortgemeinden und dem ZAF-Verwaltungsrat – Präsident ist der Thurgauer CVP-Ständerat Philipp Stähelin – auch das Kantonsparlament ein. SVP-Grossrätin, Rübenpflanzern und Lobag-Verwaltungsrätin Béatrice Struchen (Epsach) motionierte. Der Regierungsrat müsse auf seinen Beschluss zurückkommen, die ZAF-Aktien «ausschliesslich nach dem Kriterium des höchsten Gebots» zu verkaufen, verlangte Struchen. Schliesslich stimmte der Grosse Rat dem in ein Postulat gewandelten Vorstoss mit 107 gegen 19 Stimmen zu. Vorher hatte der Regierungsrat betont, er verfolge das Ziel, einen «optimalen, jedoch nicht unbedingt maximalen Preis» für das Aktienpaket zu realisieren. Mit allen Interessenten sei stets so verhandelt worden, dass der Kanton bei einem Weiterverkauf oder einer Liquidation während zehn Jahren am Gewinn beteiligt wäre. «Der Anreiz zum Erwerb der Aktien aus Spekulations- oder Liquidationsmotiven wird dadurch stark gemindert.»

Nach einem von den Medien mit Argusaugen verfolgtem Hin und Her

übertrug der Regierungsrat Ende Januar 2008 das Aktienpaket dem unter Führung der Lobag als Bieter aufgetretenen Konsortium von Westschweizer und Ostschweizer Rübenpflanzern. Vorher hatte es seine ursprüngliche Offerte von 12 Franken pro Aktie auf 19 Franken verbessert.

Investoren bleiben im Hintergrund

Markus Stamm und seine bis heute stets im Hintergrund gebliebenen Investoren hatten anfänglich 21 Franken geboten, den Preis später auf 17 Franken reduziert. Nach eigenen Angaben haben die Investoren dem Regierungsrat signalisiert, «bei einer Änderung der Haltung des ZAF-Verwaltungsrates uns gegenüber» ein höheres Angebot zu machen. Ausserbörslich werden die ZAF-Aktien derzeit für 22 Franken gehandelt, 2007 lagen der Kurs zeitweise bei 27 Franken.

Zur aktuellen Position des Kantons wollte gestern der Chef Recht auf der Finanzdirektion nichts sagen. Andreas Schmutz' Erklärung: «Es handelt sich um ein laufendes Verfahren.»

Berner Abfallpreis in Sicht

Abfall Gemeinsamer Vorstoss von Hadorn und Grimm kommt gut an

Wer wird erster Preisträger des neuen kantonalen Abfallpreises? Der Regierungsrat will zur Klärung dieser Frage beitragen.

Passend zum neudeutschen Wort Littering bezeichnen die beiden Grossräte Christian Hadorn (SVP/Ochlenberg) und Christoph Grimm (Grüne/Burgdorf) in ihrer gemeinsamen Motion den verlangten Abfallpreis stolz als «Clean Award». Ob der Regierungsrat diesen Namensvorschlag akzeptiert, lässt er in seiner Antwort offen. Aber klar ist, dass er die Idee der beiden Grossräte gut findet: «Mit einem solchen Preis könnte der Kanton das grosse Engagement der Gemeinden in der Abfallentsorgung honorieren, indem er die innovativsten und wirkungsvollsten Ideen prämiert.»

Sponsoren gesucht

Um attraktiv und motivierend zu wirken, sei allerdings eine angemessene Preissumme nötig, heisst es in der regierungsrätlichen Antwort weiter. Die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) sei bereit, zusammen mit geeigneten Partnern und

Sponsoren dies zu realisieren. Auch eine Finanzierung via Abfallfonds erachtet der Regierungsrat als möglich.

Kantonaler «Ghüderstag»

Ebenfalls die zweite im Vorstoss dargestellte Forderung, ein kantonsweiter «Ghüderstag», unterstützt der Regierungsrat. Die zuständige BVE-Stelle wolle mögliche Synergien und eine allfällige Zusammenarbeit mit PUSH (vergleiche Kasten rechts) oder anderen geeigneten Partnern prüfen. Weil die Abfallentsorgung grundsätzlich Sache der Gemeinden sei, müsse die Teilnahme freiwillig sein. «Damit der Kanton weder in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden noch in denjenigen der Schulen eingreift», erklärt der Regierungsrat.

Etwas gegen Sauerei tun

«Wir sind sehr zufrieden mit der Antwort des Regierungsrates», freut sich Motionär Hadorn. «Wir möchten mit dem Preis und dem Abfalltag etwas gegen die Sauerei im öffentlichen Raum beitragen.» Hoffnungen setze er, so Hadorn, in die Schulen. «Es wäre beispielsweise

PUSH: WAHRE WERTE

Über 300 Gemeinden, Betriebe und Schulen haben heuer laut der Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz (PUSH) in irgendeiner Form am fünften nationalen Aktionstag «Wahre Werte» mitgemacht. 27 Aktionen steuerten Organisatoren aus dem Kanton Bern bei. Solche fanden unter anderem in Aarwangen, Melchnau, Lotzwil und Huttwil statt. Die Melchnauer Schülerinnen und Schüler befassten sich in der Schulprojektwoche Ökologie theoretisch und praktisch mit Littering, Abfalltrennung und Wiederverwertung. Die zwei Aktionen in Huttwil galten dem Recycling von Handys. (UZ)

gut, wenn Schülerinnen und Schüler durch einen Besuch einer Kehrlichtverbrennungsanlage erfahren, dass Abfall wertvoll ist.» Mit Bussen könne eher bei den Erwachsenen etwas bewirkt werden. «Bei den Jungen setzen wir auf Prävention.» Einverstanden ist Hadorn mit der Idee, dass für den «Clean Award» Geld aus dem Abfallfonds verwendet werden soll. (UZ)

24 Gemeindepräsidenten rufen nach mehr Polizei

Oberaargau Offener Brief an Käser

Die 24 Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten des Amtsbezirks Aarwangen äussern sich in einem offenen Brief an den Regierungsrat und den Grossen Rat besorgt über die Polizeisituation. Sie hätten mit Unbehagen zur Kenntnis genommen, dass alleine im Amt Aarwangen Anfang 2010 die Sollbestände an Polizeikräften eine Unterdeckung von fünf Personen aufweisen. «Dies ist angesichts der exponierten Lage in unmittelbarer Nähe der Kantone Luzern, Aargau und Solothurn nicht unproblematisch. Verbrechen können sich nach ihrer Straftat in nur kurzer Zeit in einen anderen Kanton absetzen», heisst es im Brief.

Es sei richtig, dass das Gewaltmonopol zwingend beim Staat liegt. Deshalb sei es nur beschränkt möglich, Teilbereiche an private Sicherheitsfirmen abzu delegieren. Als Konsequenz fordere die von Regierungsratshalter Martin Lerch geleitete Gemeindepräsidentenkonferenz, dass «insbesondere im Raum Oberaargau», die Polizeikräfte mindestens auf ihre Sollbestände aufgestockt werden. Insgesamt sei der Bestand im Sinne der vom Grossen Rat überwiesenen Vorstösse zügig zu erhöhen.



KÄSER Zeigt Verständnis. UL

Auf Anfrage zeigt Regierungsräsident und Polizeidirektor Hans-Jürg Käser Verständnis für das Anliegen. «Ich weiss um die personell enge Dotation auf Polizeiposten wie Langenthal. Deshalb freut mich die Unterstützung.» Der Grosse Rat habe die Motion von Markus Meyer (SP/Roggwil) nicht abgeschlossen. Entsprechend dem vom Regierungsrat fürs 2010 beschlossenen Stellenmoratorium beginne die Aufstockung 2011. (UZ)

Jetzt funktioniert das Impfen

Schweinegrippe Pro Tag bis 40 Impfwillige

Seit Anfang vergangener Woche ist die Kampagne gegen das H1N1-Virus auf alle impfwilligen Personen erweitert worden. Seither sind in Langenthal das Spital Region Oberaargau (SRO) und die Hausärztenotfallstelle als so genanntes Impfzentrum eingerichtet. «Wir haben genügend Impfstoff, die Aktion verläuft problemlos», sagt auf Anfrage SRO-Direktor Hans Peter Kuert. Mit fast 70 geimpften Personen sei der letzte Freitag der Spitzentag gewesen. «Derzeit lassen sich täglich 30 bis 40 Personen gegen das Virus impfen», sagt Kuert. Tagüber, von 11 bis 14 Uhr, sei das Spital zuständig, am Abend, von 18 bis 20 Uhr, die Hausärzte. Während beider Zeitfenster sei das Spital Langenthal Anlaufstelle. «Im Spital haben wir den Weg zum Impfort mit einem roten Strich auf dem Boden markiert.»

Laut Kuert hat sich fast 80 Prozent der Ärzteschaft impfen lassen. Beim Pflegepersonal seien es rund 45 Prozent. «In den Hochrisikoabteilungen ist das gesamte Personal geimpft», betont Kuert.

Angehörige von Risikogruppen wie etwa an Krebs, Nieren oder HIV erkrankte Personen, seien zum Impfen aufgebeten worden. Derzeit befinden sich zwei an Schweinegrippe erkrankte Personen in Spitalbehandlung, sagt Kuert. (UZ)

Aus fürs «Paradisli»

Bern 2010 Baubeginn im Schönbergpark

Jetzt ist die Baubewilligung für das städtische Wohnbauprojekt Schönbergpark rechtsgültig. Wie die Stadt Bern schreibt, hat die Grüne Partei Bern darauf verzichtet, ihre Ende Oktober von der kantonalen Baudirektion abgelehnte Beschwerde ans Verwaltungsgericht weiterzuziehen. Das zwischenzeitlich vom Kulturprojekt Paradisli genutzten Bauernhaus wird nun umfassend saniert; darin entstehen zwei «grosszügige Wohnungen». Wie die Stadt weiter schreibt, soll im Frühjahr 2010 mit der Renovation begonnen werden.

Ein Jahr später werden gemäss Planung im Park des Landgutes zwei Mehrfamilienhäuser mit je fünf Wohneinheiten und einer dazwischen liegenden Autoeinsteilhalle gebaut. Das 2007 vom Regierungsrat bewilligte Bauvorhaben Schönbergpark beschäufigte für lange Zeit die Gerichte. (UZ)

Nachrichten

Ratspräsident nicht Stapi

Im gestrigen Artikel zur Entlassung des Berner Stadtratssekretärs Jürg Stampfli ist uns ein Fehler unterlaufen (Seite 19): Nicht Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP), sondern der freisinnige Stadtratspräsident Ueli Haudenschild hat Stampfli mit Verweis auf das geltende Personalreglement gekündigt. Wir bitten um Entschuldigung. (UZ)